

Grandenzer Zeitung.

General-Anzeiger

Er scheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen, kostet für Grandenz in der Expedition, und bei allen Postanstalten vierteljährlich 1,80 Mk. einzelne Nummern 15 Pf.



für West- und Ostpreußen, Posen und das östliche Pommern

Anzeigen nehmen an: Breslau: B. Gonschorski. Bromberg: Gruenauer'sche Buchdr. Christburg: B. W. Krawinkel.

Die Expedition des Gefelligen besorgt Anzeigen an alle anderen Zeitungen zu Originalpreisen ohne Porto- oder Spesenberechnung.

Für den Monat Dezember

werden Bestellungen auf den „Gefelligen“ schon jetzt von allen kaiserlichen Postanstalten und von den Landbriefträgern entgegengenommen.

Der Entwurf eines Reichsauswanderungsgesetzes

welcher im Reichstag zur Vertheilung gelangt ist und uns heute vorliegt, bestimmt im Wesentlichen Folgendes: Wer die Beförderung von Auswanderern nach außerdeutschen Ländern betreiben will, bedarf einer Erlaubnis des Reichskanzlers.

in Friedenszeiten die Entlassung nicht verweigert werden darf. Die Auswanderung ist auch nur in solchen Fällen als eine ungezügelt unter Strafe gestellt, in welchen sie unter Verletzung der dem Auswandernden aus dem Gesichtspunkt der Wehrpflicht obliegenden Verpflichtungen erfolgt.

Der vorliegende Entwurf soll, wie es in der Begründung des Gesetzentwurfs heißt, durch geeignete Maßregeln den Mißbräuchen vorbeugen, zu welchen die gewährleistete Auswanderungsfreiheit benutzt werden kann.

Dieses Verfahren der Anzeigepflicht und Bekanntmachung der Auswanderungsabsicht dürfte ebenso wenig mit dem Grundgedanken der Auswanderungsfreiheit in Widerspruch stehen, wie die polizeiliche Meldepflicht mit dem Grundgedanken der Freizügigkeit.

Wieviele Wehrpflichtige sich allein aus unserem Osten durch unerlaubte Auswanderung der Pflicht, dem Vaterlande zu dienen, entziehen, zeigt die neueste uns vorliegende Uebersicht der Ergebnisse des Heeres-Ergänzungsgeschäfts für 1891:

Table with 3 columns: Im Bezirk des, Wegen unerlaubter Auswanderung, and noch in Untersuchung. Rows list Army Corps 1, 2, 5, 6, 7 with corresponding numbers.

Also in einem Jahre allein im Wesentlichen aus den Provinzen Westpreußen, Ostpreußen, Pommern, Posen. Aus dem ganzen deutschen Reiche sind 1891 wegen unerlaubter Auswanderung verurtheilt 19330 Mann, noch in Untersuchung 15188 Mann.

Berlin, 24. November.

Auch am Donnerstag mußte sich der Kaiser wegen der Erklärung noch einige Schonung auferlegen. Aus diesem Grunde hat er auch die für den Nachmittag in Aussicht genommene Abreise nach Bessingen zur Abhaltung größerer Jagden noch um einige Zeit verschoben.

Prinz Heinrich von Preußen ist Donnerstag früh in Berlin eingetroffen und hat für die Dauer seines Besuchs am Berliner Hofe im Palais der Kaiserin Friedrich Wohnung genommen.

Aus dem Dispositionsfonds des Auswärtigen Amtes und des Reichskanzlers sind nach der dem Reichstag zugegangenen Uebersicht für 1891/92 u. a. folgende Kosten bestritten worden: Geldgeschenke an englische Unterthanen bei Gelegenheit des Aufenthalts des deutschen Kaisers in England 16,035 Mark.

Der Ausschuss zur Vorbereitung der Wahl eines zweiten Bürgermeisters für Berlin hat das Gehalt für diese Stelle auf 15000 Mark festgesetzt.

Der ganze preussische Staat zählt 16 Städte von mehr als 100000 Einwohnern. In diesen 16 Stadtgemeinden entfielen im Etatsjahre 1891/92 auf den Kopf der Bevölkerung an direkten Staatssteuern, Gemeinde- und besonderen Korporations-Abgaben überhaupt:

Table with 3 columns: City Name, Amount (Mk.), and another City Name, Amount (Mk.). Lists cities like Berlin, Breslau, Köln, etc.

Von den 16 größten preussischen Städten ist mithin Frankfurt a. M. am höchsten besteuert und Königsberg am niedrigsten.

Oesterreich-Ungarn. Der „Veröhnungsgraf“, Ministerpräsident Taaffe, hat bei den Deutschen Oesterreichs wieder einmal böses Blut gemacht, weil er im Abgeordnetenhaus erklärte, daß er einen neuen tschechischen Landmannminister nimmt und die Einführung des Deutschen als Staatsprache für unmöglich hält.

Belgien. Seit dem Montag tagt in Brüssel die von den Vereinigten Staaten von Nordamerika einberufene internationale Münzkonferenz, auf der 18 Staaten über „die Mittel zu einer ausgebreiteten Benutzung des Silbers zur Münzprägung berathen“ wollen.

Frankreich. General Dods hat nun Abomey doch eingenommen. Bevor er den Angriff auf die Hauptstadt von Dahomey anordnete, sandte er einen der Gefangenen zum König Behanzin.

Endlich ist der parlamentarische Ausschuss zur Untersuchung der Panama-Angelegenheit zu Stande gekommen. Er ist gesetzlich befugt, ganz wie ein Gerichtshof, jede Person, die er zu vernehmen für nothwendig erachtet, vor sich zu laden und sogar im Weigerungsfalle den Beistand der Polizei und der Gerichte anzurufen.

Die Blätter der Boulangeristen veröffentlichen jetzt fast jeden Tag die Namen mehrerer Parlamentarier, die von der Panama-Gesellschaft angeblich Geld erhalten haben.

Cholera.

Unter Bezugnahme auf § 327 des Strafgesetzbuchs, hat der Herr Regierungspräsident in Marienwerder zur Verhütung der Weiterverbreitung der Cholera zunächst für die Zeit bis einschließend zum 4. Dezember Nachstehendes aus







Brandenburg, Sonnabend]

Ganz- und Landwirthschaftliches.

Verabreichung und Zubereitung des Futters für Schweine.

Man füttere vier bis fünf mal täglich. Das Sauerwerden von Futter in Sammel- oder Futtertrögen muß unbedingt vermieden werden, um Verdauungsstörungen und Knochenbrüchigkeit zu verhüten. Die Verabreichung von 8-10 Gramm gefälltem phosphorsäurem Kalk täglich ist namentlich für junge Thiere sehr wichtig...

Möchte daher die Trockenfütterung in möglichst weiten Kreisen gelehrt werden, um gegebenenfalls allein schon, wie Brümmer sagt, durch Verlassen der bisher allgemein üblichen Nassfütterung und Uebergehen zu trockener Fütterungsweise nicht nur große Summen für Kraftfuttermittel jährlich zu sparen, sondern auch die Gesundheit und Widerstandsfähigkeit gegen Seuchen zu erhöhen...

Vom Reichstag.

3. Sitzung am 24. November.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Anfrage Petri, betr. die Straßburger Schießgelände.

Abg. Dr. Petri (natl., El.) schildert zunächst den bekannten Vorfall in Straßburg, wonach eine Schützwehr einem betrunkenen Arbeiter, der als Arrestant die Straße zu ergreifen suchte, ohne weiteres einen Schuß nachhandte, glücklicherweise ohne jemanden in der belebten Straße zu verletzen. Das ist eine Thatfache mehr, die die Aenderung der Schießvorschriften für die Wachtposten als ein unabwendbares Bedürfnis erscheinen läßt.

Recht würde sich auch eine Besserung der jetzigen Zustände herbeiführen lassen. Man könnte z. B. die Schützposten abschaffen. Ferner sollte man die Posten nicht mit scharfen Patronen versehen, die sie zur eigenen Verteidigung doch nicht brauchen. Wenn sie der Zivilist nicht braucht, so kann sie der Soldat erst recht entbehren.

Kriegsminister v. Falkenhorn-Staßan: Der Vorfall, den der Vorredner erwähnt hat, hat keine Veranlassung gegeben zur Ergreifung besonderer Maßregeln (hört! hört! Heiterkeit). Schon vor einiger Zeit waren gemischte Kommissionen in den Garnisonen niedergelegt worden, um zu erwägen, welche Posten eingezogen werden sollen. Die Resultate der Ermittlung liegen noch nicht ganz vor.

Abg. S. Inger (Soz.) bringt die Affäre vor der Reichsdruckerei und des Grenadiers Lück vom Sommer zur Sprache. Es ist schon ein unglücklicher Zustand, daß ein Soldat ein Todesurtheil über jeden Civilmenschen fällen kann, so ist es doch noch charakteristischer für die an herrschender Stelle bestehende Auffassung dieser Dinge, daß der Grenadier Lück, nachdem er einen Menschen erschossen, befördert worden ist.

Staatssekretär v. Bötticher: Der Waffengebrauch überhaupt seitens der Posten wird nicht abgeschafft werden können. Wenn etwa der Versuch gemacht werden sollte, ein Pulver- oder Dynamitmagazin in die Luft zu sprengen, würde da der Vorredner dem Posten den Gebrauch der Waffen verbieten wollen? Die heutige Diskussion ist eigentlich nach den Erklärungen des Kriegsministers zwecklos, denn mit der erwähnten Anordnung sind ja die Wünsche des Interpellanten und Vorredners erfüllt.

magazin in die Luft zu sprengen, würde da der Vorredner dem Posten den Gebrauch der Waffen verbieten wollen? Die heutige Diskussion ist eigentlich nach den Erklärungen des Kriegsministers zwecklos, denn mit der erwähnten Anordnung sind ja die Wünsche des Interpellanten und Vorredners erfüllt.

Abg. Gröber (Str.): Das Entgegenkommen der Militärverwaltung ist durchaus nicht ausreichend. Denn die Gewährung der Munition wird ja nicht überhaupt abgeschafft, sondern nur für gewisse Gegenden. Und dann liegt ein zweiter Fehler darin, daß nur eine Instruktion erlassen wird, die jederzeit aufgehoben werden kann, und nicht die gesetzlichen Vorschriften von 1845 geändert worden sind.

Abg. Gherly (Str.): Es handelt sich hier um das Verhältnis zwischen unseren Mitbürgern in Waffen und unversenen anderen Mitbürgern, und darum hat der Vorredner ganz recht, wenn er sagt, daß die jetzige Instruktion nicht genüge. Die Militärverwaltung scheint zu vergessen, daß bei Gelad der Vorschriften über den Gebrauch der Schußwaffen die letzteren technisch lange nicht so vollkommen waren wie heute.

Abg. Dr. Petri bemängelt, daß das Schießen im Innern der Städte nicht überhaupt verboten sei. Denn wo ziehe man die Grenze zwischen einem belebten und unbelebten Platz?

Es folgt die erste Verathung des Gesetzesentwurfs, betr. die Anwendung der für die Einfuhr nach Deutschland vertragmäßig bestehenden Zollbefreiungen und Zollermäßigungen gegenüber den nicht meistbegünstigten Staaten.

Staatssekretär Fehr. v. Marschall erklärt auf eine Anfrage des Abg. v. Pfeifen (Str.), daß die Regierung nicht über das hinausgehen werde, was in den Motiven stehe. Es handle sich zunächst nur um Spanien und Rumänien. Redner bittet, die Erledigung der Vorlagen, wegen der Kürze der Zeit, möglichst zu beschleunigen.

Abg. v. Frege (konf.) spricht seine Befriedigung über die Erklärung des Staatssekretärs aus, die der Forderung Raum gebe, daß nicht viele Interessentkreise verletzt werden. Bei den Verhandlungen mit Spanien sind besonders die landwirthschaftlichen Verhältnisse zu berücksichtigen, und namentlich ist darauf hinzuwirken, daß unser Spiritus von Spanien besser behandelt wird.

Abg. Graf Stolberg (konf.) schließt sich in der Hauptsache den Ausführungen des Vorredners an, sieht aber den Hauptfehler nicht in einer gleichen Begünstigung Rumäniens, sondern in der Festhaltung des Identitätsnachweises. (Präsident v. Bezzow ruft den Redner zur Sache.) Redner schließt mit der Forderung, daß die landwirthschaftlichen Interessen von der Regierung gewahrt werden müssen.

Abg. Broemel (Str.): Die allgemeinen wirthschaftlichen Interessen des Landes werden am besten durch solche Verträge wahrgenommen, und man darf nicht einseitig die landwirthschaftlichen Interessen bevorzugen. Die Regierung hat durchaus recht, wenn sie die Vollmacht verlangt, die Zollermäßigungen auch auf die nicht meistbegünstigten Staaten auszu dehnen.

Der Entwurf wird hierauf in erster und zweiter Verathung angenommen. Es folgt die erste Verathung eines Gesetzes, betr. die Einführung einer einheitlichen Zeitbestimmung. Abg. Abt. (nat.-lib.) beantragt Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission von 14 Mitgliedern, die einige Bedenken erörtern solle, welche der Einheitszeit in den Fabrikbetrieben entgegenstehen.

Das Haus beschließt demgemäß. Behuft Erledigung des Entwurfs betr. das Zollprovisorium beräumt der Präsident die nächste Sitzung auf eine 1/2 Stunde später an.

4. Sitzung vom 24. November, 5 Uhr.

Der Entwurf, betreffend die Anwendung der für die Einfuhr nach Deutschland vertragmäßig bestehenden Zollbefreiungen und Zollermäßigungen gegenüber den nicht meistbegünstigten Staaten wird in dritter Verathung, sowie in der Gesamtstimmabstimmung unverändert angenommen.

Nächste Sitzung: Mittwoch.

Vom Landtage.

[Abgeordnetenhaus.] 8. Sitzung am 24. November.

Das Haus tritt in die erste Verathung des Entwurfs eines Ergänzungsgesetzes.

Abg. Humann (Str.): Gegen die Vermögenssteuer habe ich schwere Bedenken. Mancher von uns hat sich diese Steuerreform doch ganz anders gedacht. Statt der Vermögenssteuer hätten wir verstärkte Zuschläge zur Einkommensteuer gewünscht; dann wäre eine Belastung weiter Kreise vermieden worden.

Abg. Höppler (konf.): Meine Fraktion giebt im Gegensatz zu Abg. v. Huene der Vermögenssteuer vor einer Ergänzungsteuer im Rahmen der Einkommensteuer den Vorzug. Denn nur die Vermögenssteuer trifft wirklich alle Leistungsfähigen. Es würde doch böses Blut machen, wenn man die Kräfte, die zufällig ein paar Jahre kein Einkommen haben, von der Besteuerung ganz frei läßt.

Bedenken haben wir allerdings dagegen, daß die Schätzung des Grundbesitzes nicht nach dem gemeinen Werth, sondern nach dem Verkaufswert erfolgen soll; der Inhaber des Grundstücks

hat noch von dem Verkaufswert gar nichts. Vielleicht findet sich auch die Regierung bereit, bei der Deklarationspflicht Milderungen einzutreten zu lassen, die ist hier allerdings gar zu scharf. Auch gegen den Tarif haben wir das Bedenken, daß die Vermögen effektiv ungleichmäßig herangezogen werden. Es ist doch ganz klar, daß derselbe Steuerfuß bei einem Grundbesitz, der sich mit nur 2 Proz. verzinst, etwas ganz Anderes bedeutet, als bei einer Aktiengesellschaft, die 8 bis 10 Proz. Dividenden bezahlt.

Abg. Voettlinger (nl.): Ich muß den vorliegenden Entwurf ablehnen. Besonders im Westen sind die Anforderungen an die Steuerzahler sehr hoch, die einzelnen Centen sind dort vielfach mit 19-22 Proz. ihres Einkommens belastet. Deshalb ist es dringend notwendig, zu prüfen, ob noch eine weitere Belastung durch eine ganz neue, noch dazu sehr entwicklungsfähige Steuer zweckmäßig oder möglich ist.

Abg. Broemel (Str.): Wir wollten eine Steuerreform, die die Armen entlastet; hier werden aber statt dessen nur die noch gut Situirten belastet. Der Widerspruch gegen die Reform beschränkt sich ja keineswegs auf eine bestimmte politische Partei, in allen Parteien dieses Hauses ist Widerspruch dagegen hervorgetreten, ich erinnere nur an die Reden des Abg. Graf Behr und Herrfurth. Allgemein herrscht das Mißtrauen, daß die Vermögenssteuer nur eine fiskalische Maßregel ist und erst recht in der Zukunft eine solche sein soll.

Gef. Oberfinanzrath Wallach: Der Vorschlag des Abg. Broemel, im Rahmen der Einkommensteuer eine verschleiernartige Besteuerung des fundirten, gemischten und reinen Arbeitseinkommens durchzuführen, ist sehr leicht gemacht. Wie das aber praktisch ausführbar ist, hat er nicht gesagt. Auch die Behauptung, daß die Vermögenssteuer die kleineren Vermögen unverhältnißmäßig hart herangezogen werden, ist ganz falsch.

Abg. v. Gynern (nl.): Ein hochkonservatives Blatt, die „Schlesische Zeitung“, nennt das Gesetz eine „empörende Beschränkung der freien Bewegung“. Jedenfalls muß Alles getrichen werden, was eine Deklaration betrifft, dann, glaube ich, werden wir zu einem Ziele kommen.

Gef. Finanzminister Liquet: Ich frage die Herren, die die preussischen Staatsfinanzen wirklich kennen, auf ihr Gewissen: Sind nicht unsere gesammten Staatsausgaben weit mehr auf schwankende und unsichere Betriebsausgaben gestützt, als berechtigt ist? Und da wir einmal diese Aufgaben nicht nur decken, sondern in Zukunft auch noch steigern müssen, kann man da behaupten, daß in Preußen zu viel durch Steuern aufgebracht wird?

Abg. v. Gynern (nl.): Wir sollen zwei Einkommensteuern neben einander bekommen und das ist ein schlechtes System. Es giebt keinen Staat, der diese Einrichtung hat und es ist kein Grund vorhanden, in Preußen dies Experiment zu machen.

Abg. Brandenburg (Centrum): Ich muß mich grundsätzlich gegen das Vermögenssteuer-Gesetz erklären, nicht wegen des Zweckes desselben, sondern wegen der Form. Auch ich halte das vorliegende Ergänzungsgesetz für den Anja einer Vermögenskonfiskation.

Abg. Meyer (Str.): Wir sollen zwei Einkommensteuern neben einander bekommen und das ist ein schlechtes System. Es giebt keinen Staat, der diese Einrichtung hat und es ist kein Grund vorhanden, in Preußen dies Experiment zu machen. Andere Finanzminister sind über die Schwierigkeiten der Frage des fundirten und unfundirten Einkommens hinweggekommen, warum sollte das unser Finanzminister nicht auch. Von ihm gilt das Wort: „Was seine Alben können, kann Karl auch, und Karl kann mehr.“

Abg. v. Gerlich-Schweg (freikons.): Abweichend von einem großen Theil meiner Fraktionsgenossen erkläre ich, ein Gegner der Vorlage, wie überhaupt der ganzen Steuerreform, zu sein. Wie der Herr Finanzminister in seiner Polemik gegen Herrn Herrfurth selbst erklärt, ist diese Reform unbarsch und deshalb muß ich sie ablehnen.

Abg. v. Gynern (nl.): Eine der wesentlichsten Stützen der Steuerreform ist die sachgemäße Abgrenzung des Steuerfußes der Einkommen von dem des Staats. Darum wollen wir auch die Vermögenssteuer und keine veränderte Einkommensteuer. Eine besondere Vorliebe für eine neue Steuer konnte ich nicht erwarten, denn nehmen ist immer angenehmer als geben.

Abg. v. Gynern (nl.): Die Einen sagen, mein Programm sei agrarisch, die Andern sagen, es sei urbanisch, die Einen sagen so, dann, es sei plutokratisch, die Andern, es sei das Gegenteil. Daraus könnte man schließen, daß keine Ansicht richtig ist und wenn ich mich schonen wollte, was ich sehr nötig hätte, könnte ich diese schroff sich widerstrebenden Meinungen sich bekämpfen lassen und lächelnd dabei sitzen bleiben.

Damit schließt die Generaldebatte über das Ergänzungsgesetz. Nächste Sitzung Freitag. (Kommunal-Abgabengesetz.)

Verchiedenes.

Deutsche Militär-Kapellen auf der Westausstellung. Die Frage, ob auch deutsche Militärkapellen auf der Chicagoer Weltausstellung mitwirken würden, war lange zweifelhaft.

Nach den Wahlkämpfen der Wahlhumor! Die Zeit aus den Vereinigten Staaten von Amerika eintreffenden Zeitungen zeigen aufs deutlichste, daß die gute Laune selbst der unterlegenen Partei nicht abhanden gekommen ist.

Sprechsaal des Geselligen.

Im Sprechsaal finden Aufschriften aus dem Verzeichnisse Aufnahme, selbst wenn die Adressen die darin ausgeschriebenen Ansichten nicht vertreten, sofern nur die Sache von allgemeinem Interesse ist und eine Betrachtung von verschiedenen Seiten sich empfiehlt.

Eingekandt.

Der hochkonservative Herr, welcher für die Wahl des in Sondershausen wohnenden Herrn Majors a. D. von Dieskau in dem letzten Eingekandt des Sprechsaals eingetreten ist, hat meines Erachtens in keiner Weise diese Kandidatur gerechtfertigt.

Brauntweinfässer abbilden müßte oder vielleicht mit einem Wille, auf dem ein Kreuzzeitskriter Georg einen Drachen „Dandelsverträge“ absieht. Der Dieskauer schreibt: „Haben sich die Erwartungen, welche sich an die gewählte Person knüpfen, nach Ansicht der deutschen Wählerschaft nicht bestätigt, so muß es unbeschadet des nationalen Interesses erlaubt sein, in der Person zu wechseln.“

Wenn man diese Sätze liest, so weiß man eigentlich nicht, welche Unrichtigkeit man zuerst und hauptsächlich ansetzen soll. In den Worten soll indirekt der Vorwurf gegen Herrn Wessel liegen, daß er nach der Ansicht der deutschen Wählerschaft die Erwartungen nicht erfüllt hat; der Dieskauer will doch nicht etwa glauben machen, daß die Unterzeichner des Dieskauer Programms die Ansichten der deutschen Wählerschaft vertreten? Erlaubt ist es verfassungsgemäß und natürlich, in der Person der Abgeordneten zu wechseln, aber nicht erlaubt darf es hochkonservativen sein, durch Aufstellung eines besonders extremen Kandidaten die Einigkeit der Deutschen zu stören!

— (Erledigte Stellen für Militär-Anwärter. Landbrieftreger in Claussen, Jüdtschen, Dammig (Kr. Pritz.) Greifenbera (Bom) und Puritz, je 650 Mk. und 60-108 Mk.

Wohnungsgeldzuschuß. — Bureaugehilfe, Kreisassistent, Heinrichswalde, 60 Mk. monatlich. — Postkassener, Hauptpostamt 33 Jüterburg, 900 Mk. und 144 Mk. Wohnungsgeldzuschuß.

Für die Cholera-Waisen in Hamburg und Altona sind 66 uns ferner eingegangen;

Table with 3 columns: Name, Amount, and Total. Lists various donors and their contributions to cholera orphans.

Neuere Beiträge nimmt entgegen: Die Expedition.

Table with 4 columns: Name, Description, Price, and Total. Lists various items for sale or purchase.

Wahlaufruf.

Unser früherer Abgeordneter, Herr Polizei-Director Wessel, hat es durchaus abgelehnt, sich auf das bekannte Dieskauer Programm zu verpflichten, die dazu im Interesse der deutschen Sache gemachten Versuche sind gescheitert.

Deutsche Männer, deutsche Wähler des Stuhms-Marienwerderer Wahlkreises, tretet am 28. November vollzählig an die Wahlurne und gebt Euerer Ueberzeugung lauten Ausdruck, indem Ihr Eure Stimmen gebt Herrn Major a. D. von Dieskau Sondershausen.

Der Westpreussische Wahl-Verein.

Stechbrief. Gegen den Bauernsohn Martin Konczinski aus Budziska Kreis Tuchel, jetzt ohne festen Wohnsitz, welcher sich verborgen hält, ist die Unteruchungsbefehl wegen schweren Diebstahls verhängt.

Bilanz des Vorschuß-Vereins zu Briesen Wpr.

Table with 4 columns: Description, Amount, and Total. Shows the financial balance of the Vorschuß-Verein.

Bekanntmachung.

In dem Postkassier Wilhelm Gauschen Konkursverfahren soll eine Abtheilungsvertheilung stattfinden. Dazu ist ein Bestand von 47885,92 Mk. verfügbar.

Vertical advertisements on the right margin, including 'Daber-Speise', 'Einen Fu', 'Viehe', 'Appellat', 'L', '6 1/2 jährig', '1 3 jährig', '2 alte', 'Zug', '130 Set', 'Pierlawk'.







Hungarisch Blut. (Fortsetzung.)

„Aber mein Gott, erwiderte Schott, darf ich denn zugeben, daß Du in Gefahr kommst — aus Freundschaft für mich —“

„Du bist ein braver, wackerer Freund — und ich danke Dir nochmals von ganzem Herzen für das, was Du an mir thun willst!“

„Wie? Du willst damit doch nicht andeuten, daß ich Grund hätte, Dein Glück zu bezweifeln? — Bardon! Dann war es eine Unverschämtheit von mir...“

„Nein, Du bist so glücklich, wie es einem Sterblichen nur beschieden sein kann. Könnte man seine Liebe überzeugender ausdrücken, als Du es mit diesem warmen, rührenden Herzensston thust?“

„Was? da giebt's noch ein Aber? Höre, Alter, ich war doch immer von Deinem gefundenen Sinn überzeugt.“

„Daß Carolas Liebe nicht mir gehört!“ stöhnte Bodenyi, die Faust an die Stirn pressend.

„Nein, und ich hätte mich wohl, sie danach zu fragen. Ich scheue davor zurück, an ein Geheimnis zu rühren, dessen völlige Enthüllung uns verbittern, vielleicht sogar — trennen würde.“

„Ja — ja — hm! — Du warst so indiskret, bei irgend einer Gelegenheit einmal einen neugierigen Blick in diese geheimen Blätter hineinzuworfen?“

„Jedenfalls! Ich fand das Heft eines Morgens aufgeschlagen — auf dem Tisch im Gartenhäuschen drüben, wo ich Carolas scherzend beschleichen wollte.“

„Ach, das sind am Ende doch nur Gespenster!“ sagte Schott nach einigem Ueberlegen.

„Wird es nicht? — Was haben denn solche Geschichten zu bedeuten? Mädchenträume, Kinderereien aus der ungelunden Romanik der Badfischjahre.“

Verschiedenes.

[Distanzgang Berlin-Wien.] Der Distanzritt Berlin-Wien hat zur Folge gehabt, daß Freunde des Wandersports den Gedanken gefaßt haben, einen Wettag von Berlin nach Wien zu veranstalten.

Die Gewinne der Mühlhäuser Geldlotterie werden jetzt ausbezahlt. Die Proteste des Mediktors Dr. Schulze in Mühlhausen gegen die Gültigkeit der Ziehung sind also wohl endgiltig zurückgewiesen.

[Fortschritt.] I. Lehrjunge: „Du, sprüht Du was davon, daß Dein Meister dem Verein zur Verbesserung der Lage der dienenden Klasse beizutreten ist?“

Briefkasten.

D. R. Der bairische Justizminister ist der Bruder einer der Pfadfinder, die dem Vater Aurelian die kirchliche Ermächtigung zur Teufelsaustreibung gegeben haben.

1. Wenn Sie eine Konzeption als Wein- und Bierkäntler haben, können Sie auf Ihr Schild „Wein- und Bierkäntler“ schreiben.

26. November. Bedeckt, trübe, Niederschläge, wärmer.

Berliner Produktenmarkt vom 24. November. Weizen loco 145-159 Mk. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert.

Amtlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in der Central-Markthalle.

Stettin, 24. November. Getreidemarkt. Weizen matt, loco 140-148, per November 148,50.

Bromberg, 24. November. Amtl. Handelskammer-Bericht. Weizen 140-145 Mk., feinsten über Notiz.

Thorn, 24. November. Getreidebericht der Handelskammer. Alles pro 1000 Kilo ab Bahn verpakt.

